



## **Auszug aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 30.11.2021**

Der Vorsitzende erklärte die anberaumte Sitzung für eröffnet und stellte die ordnungsmäßige Ladung sowie die Anwesenheit der Mitglieder des Gemeinderates fest. Der Vorsitzende stellte weiter fest, dass die Mehrheit des Gemeinderates anwesend und stimmberechtigt ist. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig (Art. 47 GO).

### **Einwände gegen die Tagesordnung:**

Bürgermeister Kurt Baier informiert vor Behandlung des ersten Tagesordnungspunkts zunächst über die heute in nichtöffentlicher Sitzung beschlossenen Auftragsvergaben:

Die Fa. Uhrig GmbH, Geisingen wurde beauftragt die Kanalbaumaßnahme in der Hauptstraße (BA 1) gem. vorliegendem Angebot i. H. v. 1.576.995,14 € brutto durchzuführen. Die Arbeiten werden im kommenden Frühjahr begonnen und sollen voraussichtlich bis Herbst 2022 andauern.

Für die Errichtung der Baustellenumfahrung "Linsenberg" für den innerörtlichen Verkehr wurde die Fa. Adolf Kunkel GmbH & Co. KG, Aschaffenburg beauftragt.  
Angebotssumme: 47.445,37 € brutto.

Das Architekturbüro Cirillo-Naumann Part GmbH, Hösbach wurde beauftragt eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Grundschule vorzunehmen.  
Angebotssumme: 14.565,60 € brutto.

### **1. Straßengestaltung/Stadtbodenkonzept Hauptstraße; Information und Beratung**

Die anstehenden Kanalbaumaßnahmen in der Hauptstraße (BA 1 und BA 2) vom Gesundheitszentrum bis zum Johann-Desch-Platz sind mit einem Straßenausbau verbunden.

Hierzu sollen nun Überlegungen hinsichtlich der Straßengestaltung sowie eines Stadtbodenkonzepts angestellt werden.

Dies betrifft u. a.:

- Straßenbelag
- Gehweggestaltung (Material, Verlegeart)
- Straßenbeleuchtung
- Straßenmöblierung (Bänke, Poller)
- Parkflächen
- Verkehrsführung

Zur Sitzung sind der Ortsplaner Prof. Gebhardt, Herr Niklös vom Ing.-Büro Jung sowie Herr Hofmann von T+T Verkehrsmanagement anwesend.

Prof. Gebhardt zeigt anhand einer Präsentation Vorschläge und Beispiele auf, die künftig als Beratungsgrundlage dienen.

Zunächst weist er darauf hin, dass in einem Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) Grundsätze für den gesamten Ort festgelegt werden. Die Straßenplanung wird parallel zwischen dem Ing.-Büro und Ortsplaner abschnittsweise vorbereitet.

Für die Straßenplanung ist es notwendig, zunächst das vorhandene Straßennetz sowie die Bebauung zu betrachten und anschließend Überlegungen anzustellen, wie die Straße gestaltet werden kann unter Berücksichtigung der jeweiligen Funktionen und deren Aufenthaltsqualität.

Hierbei sind besondere Bereiche wie bspw. das Ortszentrum und die Hauptstraßen besonders in Augenschein zu nehmen.

Unter den vielen Gestaltungsmöglichkeiten und -merkmalen sollte ein Gesamtkonzept ablesbar sein. Es müssen „Leitlinien“ vorgegeben werden, um bestimmte Verkehrsfunktionen zu erfüllen.

In den Voruntersuchungen zum ISEK durch die Fa. die STEG wurden bereits die Missstände dargelegt.

Entlang der Hauptstraße gibt es einen sehr unterschiedlichen Straßenquerschnitt. Von Seiten des Ing.-Büros wurden anhand eines Übersichtsplans Bereiche in unterschiedlichen Farben festgelegt, in denen aufgrund der Straßenbreite kein Gehweg, ein einseitiger Gehweg oder ein beidseitiger Gehweg möglich ist.

Prof. Gebhardt zeigt anhand von Bildern die Bestandssituation in der Hauptstraße mit den unterschiedlichen Nutzungen auf.

Im Jahr 2007 wurde bereits durch ein Planungsbüro ein Parkkonzept erarbeitet und mehrfach diskutiert. Vorgeschlagen wurde ein „alternierendes Parken“ welches allerdings keine befriedigende Lösung, insbes. auch für die Gewerbetreibenden darstellt. Die Schaffung einer Einbahnregelung, die in der Vergangenheit ebenfalls vorgeschlagen wurde, wird vom Ortsplaner als nicht sinnvoll beurteilt.

Aufgrund des anstehenden Kanalausbaus BA 1 mit verbundenem Straßenvollausbau besteht nun die Möglichkeit und Notwendigkeit, ein Gesamtkonzept zu entwickeln.

Die unterschiedlichen Flächen für alle Verkehrsteilnehmer müssen bei den Planungen ablesbar bleiben.

In einem städtebaulichen Gestaltungskonzept (Stadtbodenkonzept) können Prinzipien wie die Oberflächengestaltung/Verlegearten/Material für die einzelnen Straßenarten und Plätze festgelegt werden, welche Bestandteil des ISEK sind.

An einem Beispiel der Stadt Volkach zeigt Prof. Gebhardt anhand Vorher-Nachher-Bilder, dass eine Straße zunächst mit einem Hochbord/Rinne versehen war und im Zuge der Sanierung mit einem abgesenkten Bordstein/Rinne ausgebildet wurde.

Carsten Schumacher fragt, ob es zum jetzigen Zeitpunkt notwendig sei die Angelegenheit so detailliert zu betrachten oder ob man nicht anders herangehen sollte.

Prof. Gebhardt teilt mit, dass dies die übliche Vorgehensweise sei, dies haben seine jahrelangen Erfahrungen gezeigt.

Prof. Gebhardt erörtert, dass Ausgangspunkt für die Planung die Ortsmitte um den Johann-Desch-Platz sei. Er schlägt vor, diesen Bereich als „verkehrsberuhigten Bereich“ zu gestalten. Alle Verkehrsteilnehmer sind gleichberechtigt. Innerhalb des ausgewiesenen Bereiches muss

Schrittgeschwindigkeit gefahren werden. Parken ist nur an dafür gekennzeichneten Stellen erlaubt. Querungen könnten durch Pflasterung aufgewertet werden.

In der restlichen Hauptstraße könnte der lineare Raum in unterschiedlichen Sequenzen ausgebaut werden. Die Hauptstraße könne als 30 km/h Zone - wo möglich in 20 km/h Zone - eingerichtet werden.

Der Ausbaugrad der Gehwege müsste sich nach den unterschiedlich vorhandenen Straßenquerschnitten richten. Die eingeschränkte Aufenthaltsqualität ist hierbei auf ein- und beidseitige Gehwege beschränkt.

Gemäß RASt ist bei Straßen mit max. 400 Kfz/h und einer Höchstgeschwindigkeit von max. 30 km/h eine sog. „Weiche Separation“ möglich. D. h. die Trennung von Fahrbahn und Gehwegen („Separation“) erfolgt durch Pflasterrinnen oder Pflasterstreifen, und durch abgesenkte Bordsteine.

Im Planungsumfeld sind jeweils 8 Stellplätze im Hof des Sängersheims und auf dem Johann-Desch-Platz vorhanden. Sie könnten zeitlich begrenzt auch zukünftig zur Verfügung stehen. Es wird vorgeschlagen in der Hauptstraße keine Parkplätze auszuweisen. Für die vorhandenen Gewerbebetriebe könnten Kurzzeitstellplätze geplant werden.

Durch weitere Maßnahmen im Rahmen der Ortsentwicklungsplanung z. B. Immobilienverkauf und/oder Auslagerung der Feuerwehr sollte geprüft werden, ob die Grundstücke zu Stellplatzflächen umgenutzt werden können.

Der Johann-Desch-Platz könnte künftig ein Treffpunkt für alle Generationen werden. Die Platzgestaltung müsste dafür unterschiedliche Nutzungsformen zulassen. Hierfür ist es denkbar, dass die Planungen für die Platzgestaltung im Zuge eines Wettbewerbes ausgeschrieben werden. Dieses Vorgehen wird erfahrungsgemäß auch von der Regierung von Ufr. unterstützt.

Hinsichtlich des Materials wird vorgeschlagen, Granitbordsteine zu verwenden und das bereits vor dem Gesundheitszentrum vorhandene Gehwegpflaster im weiteren Verlauf der Hauptstraße weiterzuführen.

Über Straßenbeleuchtung und Sitzgelegenheiten müsse man sich ebenfalls Gedanken machen. Für eine neue Straßenbeleuchtung könne man bei Herstellern unterschiedliche Lampen anfordern und vor Ort begutachten.

Bürgermeister Kurt Baier bedankt sich bei Prof. Gebhardt für die Vorstellung der Präsentation. Er macht nochmals deutlich, dass es sich bei den Ausführungen um Vorschläge handelt und diese als Beratungsgrundlage dienen. Die Straßengestaltung muss nicht nur gestalterisch aufgewertet werden, sondern auch funktionieren, insbes. im Hinblick auf die Parksituation.

Sebastian Guevara spricht sich dafür aus, unbedingt darauf zu achten, dass die Straße inkl. Gehwege verkehrssicher sind. In den Bereichen, in denen kein Gehweg möglich ist, sollte die Straße als verkehrsberuhigter Bereich ausgebaut werden. Bei einer Änderung des Verkehrssystems müsse vermutlich mit dem Wegfall von Stellplätzen gerechnet werden. Bisher gibt es auf dem Johann-Desch-Platz Parkmöglichkeiten für 8 Fahrzeuge. Für ihn stellt sich deshalb die Frage, wo die Anwohner künftig parken sollen.

Prof. Gebhardt antwortet, dass im Rahmen der Sanierung die Möglichkeit besteht, eine Vorkaufsrechtssatzung zu erlassen. Diese ermöglicht der Gemeinde künftig bei einer Veräußerung von Privatgrundstücken in diesem Bereich diese zu erwerben. Natürlich müsse man auch im Zuge der Planung prüfen, ob es weiterhin Parkmöglichkeiten im Bereich der Hauptstraße gibt. Da es Überlegungen hinsichtlich der Errichtung eines neuen Feuerwehrgerätehauses gibt, wäre ggfs. der bisherige Standort für Parkplätze geeignet. Des

Weiteren weist Prof. Gebhardt darauf hin, dass die Anlieger keinen Anspruch hätten, direkt vor den Anwesen auf öffentlichem Grund zu parken. Im Rahmen der Erstellung des ISEK werde man untersuchen, wo es Parkplatzmöglichkeiten gibt.

Bürgermeister Kurt Baier ist der Meinung, dass zunächst die Ortsmitte im Bereich des Johann-Desch-Platzes betrachtet werden müsse, um anschließend die Hauptstraße vom Zentrum aus nach außen entwickeln zu können. Hinsichtlich der Parkplatzsituation verweist er auf das Anwesen Hauptstraße 70, welches vor ca. 3 Jahren veräußert wurde und der Besitzer dort Parkplätze geschaffen hat. Evtl. gibt es in den nächsten 5 bis 10 Jahren entlang der Hauptstraße ebenfalls die Möglichkeit. Man müsse zudem dafür sorgen, dass der Verkehr von den engen Straßen weggebracht werde.

Jürgen Kunsmann äußert, dass schließlich alle Gemeinderäte das gleiche Ziel hätten. Man wolle ein optisch schönes Dorf mit einem sinnvollen Konzept inkl. wiederkehrende Gestaltungsmerkmale. Zunächst müsse man Materialien festlegen, um die Informationen an die Baufirma für die Ausführung des BA 1 mitteilen zu können. Der bisherige Vorschlag sieht in diesem Bereich einen abgesenkten Bordstein, Gehwegpflaster in Muschelkalk (Weiterführung vom Gesundheitszentrum), eine Rinne sowie aufgehellten Asphalt vor. Über die Gestaltung des Johann-Desch-Platzes müsse man sich heute noch keine Gedanken machen. Alle Überlegungen sollten immer dahingehend angestellt werden, dass es vor den Gewerbebetrieben Kundenparkplätze gibt.

Bürgermeister Kurt Baier schließt sich der Aussage von Jürgen Kunsmann an. Die Platzgestaltung heute zu beraten, führe zu weit. Er verweist nochmals auf den Vortrag von Herrn Hofmann (T+T Verkehrsmanagement) in einer vergangenen Gemeinderatssitzung und der Überlegungen zur Schaffung einer Einbahnregelung. Nach seinem Dafürhalten sei eine Variante mit Gegenverkehr sinnvoller, da die reinen Wohnstraßen nicht für einen solchen Verkehr ausgelegt sind. Auch bedeutet dies für Kunden der Gewerbebetriebe Umwege. Auch die Topographie und engen Straßenverhältnisse in Glattbach sind nicht vorteilhaft für eine Einbahnstraßenregelung.

Eberhard Lorenz befürwortet die Gestaltung des Johann-Desch-Platzes über einen Wettbewerb auszuschreiben. Für die nächsten Jahre müsse man ein Konzept erarbeiten. Seine Fraktion schließe sich außerdem dem Vorschlag von Prof. Gebhardt an, im Bereich des BA 1 (ehem. Mühlenbäckerei bis zur Einmündung Weihergrund) müsse die Straße mind. mit einem abgesenkten Bordstein ausgebaut werden. Prof. Gebhardt ergänzt, dass eine sog. „weiche Separation“ in diesem Bereich aufgrund der Verkehrsbelastung möglich ist. Auch für die Fußgänger wäre die Gehwegfläche eindeutig definiert. Oftmals stellen hohe Bordsteine ein Problem für die Fahrradfahrer dar. Die Absenkung der Bordsteine vor Hofeinfahrten ergibt ein unruhiges Bild.

Herr Niklős erörtert nochmals kurz die technischen Aspekte beim Straßenausbau mit abgesenktem Bordstein. Demnach müsse man darauf achten, diesen mit mindestens 3 cm Überstand zu bauen aufgrund der Barrierefreiheit („Tastkante“). Aus verkehrsrechtlicher Sicht rät er von einem niveaugleichen Ausbau - gemeinsamer Aufenthaltsbereich von Fußgängern und Straßenverkehr – bis zum Einmündungsbereich ab. Im weiteren Verlauf könne man offen über verschiedene Varianten und einen niveaugleichen Ausbau beraten.

Frank Ehrhardt beurteilt die Ausführungen hinsichtlich der Gestaltung des Johann-Desch-Platzes als schlüssig. Seiner Meinung nach sollte ab dem Einmündungsbereich Weihergrund Richtung Ortsmitte stringent ein verkehrsberuhigter Bereich geschaffen werden. Des Weiteren spricht er sich dafür aus, Baumpflanzungen vorzunehmen. Er verweist außerdem auf die Marktgemeinde Großostheim und deren Parkkonzept. Dies könnte ggfs. auch für Glattbach sinnvoll sein.

Hinsichtlich der Baumpflanzungen weist Bürgermeister Kurt Baier darauf hin, dass dies aufgrund der vielen Kanalrohre und Leitungen im Bereich der Hauptstraße schwierig sein wird.

Sebastian Guevara sieht Bedenken, dass sich bei Schaffung eines verkehrsberuhigten Bereichs ggfs. der Verkehr auf die Nebenstraßen verlagern könnte, da die Bürgerinnen und Bürger dann diese Wege nutzen um schneller ans Ziel zu gelangen.

Herr Hofmann äußert hierzu, dass dies auf die Ausweitung bzw. Länge des Bereichs ankommt. Je länger ein verkehrsberuhigter Bereich ist, je mehr werden Alternativstrecken nutzen. Kurzstrecken haben erfahrungsgemäß keinen großen Einfluss.

Carsten Schumacher ist der Meinung, dass mit Einbeziehung der Haus- und Grundbesitzer einiges möglich sei. Er ist der Meinung, dass im Bereich Hauptstraße/Einmündung Baumacker zu schnell gefahren werde und 30 km/h eine Gefahr darstellt. Aufgrund dessen sollte darüber nachgedacht werden im kompletten Bereich vom Gesundheitszentrum bis zum alten Feuerwehrhaus eine Tempo 20 Zone einzuführen und über entsprechende Gestaltungsmerkmale nachzudenken. Nach seinem Dafürhalten solle man erst über die verkehrsberuhigten Zonen nachdenken und anschließend ein Gesamtkonzept erstellen unter Beachtung des Verkehrsflusses.

Prof. Gebhardt antwortet diesbezüglich, dass „Tempo 30“ grundsätzlich im Ortsbereich gilt. Sofern möglich, sollten einzelne Abschnitte verkehrsberuhigt ausgebaut werden (20 km/h Begrenzung). Im Bereich des Johann-Desch-Platzes könne über „Schrittgeschwindigkeit“ nachgedacht werden.

Arno Wombacher teilt mit, dass es im Hinblick auf den BA 1 notwendig sei, die Geschwindigkeit im Bereich der Engstellen herauszunehmen. Sofern künftig über eine Neubaugebietserschließung nachgedacht werde, könne durch die Schaffung einer Verbindung zum Linsenbergr Verkehr herausgenommen werden.

Anneliese Euler zeigt sich erfreut, nun eine Diskussionsgrundlage zu haben. Ihrer Meinung nach sei die Befürchtung, dass es aufgrund verkehrsberuhigter Bereiche zu einer Verkehrsverlagerung kommt, unbegründet. Der Johann-Desch-Platz sollte offen gestaltet werden und die Haltestelle ggfs. verlegt werden. Des Weiteren regt Sie an, mit den Hofbesitzern in der Hauptstraße zu sprechen, um die Parkplatzsituation zu verbessern.

Jürgen Kunsmann ist der Meinung, dass sich ein Großteil der Verkehrsteilnehmer an die Geschwindigkeitsbegrenzungen hält. Er hat den Wunsch, dass die Straße so gestaltet wird, dass die Verkehrsteilnehmer automatisch langsam fahren. Er äußert Bedenken, dass bei einer Bordsteinabsenkung die Fahrzeuge noch leichter über den Gehweg ausweichen.

Arno Wombacher bestätigt, dass auch der Stadtbus im Bereich der Engstelle (Hauptstraße/Einmündung Baumacker) öfters über den Gehweg fährt. Eine Verbesserung sei nur durch Geschwindigkeitsreduzierung zu erreichen.

Ursula Maidhof spricht sich ebenfalls gegen eine Einbahnregelung aus. Man müsse versuchen, die parkenden Fahrzeuge sukzessive von der Fahrbahn zu bringen. Dies führt schließlich zu besseren Sichtverhältnissen auf den Gegenverkehr und bringe mehr Sicherheitsgefühl.

Bürgermeister Kurt Baier schlägt vor, die Bürgerinnen und Bürger im Zuge einer Bürgerversammlung Anfang nächsten Jahres zu beteiligen, ggfs. auch digital. Der Gemeinderat müsse anschließend zeitnah die Weichen stellen für den Straßenausbau im Bereich des BA 1.

Prof. Gebhardt schlägt außerdem vor, den Fraktionen die Präsentation der heutigen Sitzung zur Verfügung zu stellen, dass diese sich zunächst intern mit dem Thema Ortskern- und Straßengestaltung beschäftigen können, bevor alle Räte gemeinsam bspw. in eine Klausurtagung gehen könnten.

## **2. Verschiedenes**

### **2.1 Wortmeldungen von Gemeinderatsmitgliedern**

Keine Wortmeldungen

### **2.2 Wortmeldungen der anwesenden Bürgerinnen und Bürger**

Keine Wortmeldungen

Die vorstehend veröffentlichte Niederschrift hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Soweit Tagesordnungspunkte persönliche Einzelinteressen betreffen, wird nur kurz das Beschlussergebnis bekannt gegeben oder von einer Veröffentlichung abgesehen.